

OSTTHÜRINGER Zeitung

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

Anzeige



KFZ-Mechaniker werden dieses kleine Gerät hassen.

smart-tv-trends.com



Babygalerie Eichsfeld: Neugeborene im Großformat



Steinweg in Gera soll weihnachtlich leuchten

empfohlen von

Geplantes Wassergesetz schafft in Ostthüringen völlig ungeahnte Probleme

Ostthüringer Aufgabenträger richten Warnung an die Landesregierung: Regelungen seien „undurchführbar“.

22. November 2017 / 09:22 Uhr



Ein Arbeiter geht über eine Abwasserbehandlungsanlage. Zentrale Klärwerke sind effektiv, aber nicht jedes entlegene Dorf kann angeschlossen werden. Foto: W. Grubitzsch, dpa

Erfurt. Es kommt eher selten vor, dass sich Ostthüringer Akteure einmal einig sind und geschlossen gegenüber Erfurt auftreten. Anfang November war es so weit.

14 Aufgabenträger der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, die meisten davon kommunale Zweckverbände, schickten eine gemeinsame Stellungnahme an Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), vier seiner Ministerien

und an alle Fraktionschefs im Landtag. Es geht um das neue Wassergesetz aus dem Hause der Grünen - Politikerin Anja Siegesmund. Die Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz hat das komplexe Thema Wasser mutig angepackt und dabei eine „Gerechtigkeitslücke“ entdeckt. Davon betroffen seien die Bewohner des sehr ländlichen Raumes, die noch immer nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossen sind und aus Kostengründen auch nicht angeschlossen werden sollen. Also etwa 109 000 Bürger.

Die bisherige Gesetzeslage schreibt ihnen vor, dass sie sich private Kleinkläranlagen zulegen müssen. Nach dem Stand der Technik, also: vollbiologisch. Die Investitionskosten dafür pendeln zwischen 5000 und 8000 Euro. Wird noch eine Phosphatfällung nötig, geht der Aufwand deutlich in die Höhe. Hinzu kommen jährliche Betriebs- und Kontrollkosten.

Aber Abwasserklärung, sagt die grüne Ministerin, ist öffentliche Aufgabe. Deshalb will sie die Zweckverbände dazu verdonnern, auch das letzte entlegene Dörfchen abwassertechnisch zu erschließen. Ist der Aufwand dafür unzumutbar hoch, sollen die Zweckverbände, falls Grundstückseigentümer damit einverstanden sind, auf privatem Grund öffentliche Kleinkläranlagen errichten und betreiben. In Gruppe oder sogar einzeln. Das ist der Plan. Seinen ersten Kabinettdurchlauf hat das Wassergesetz Ende September überstanden, der zweite ist ins nächste Jahr verschoben.

Zum Glück, sagen die Ostthüringer Aufgabenträger. Denn die vorgeschlagenen Regelungen seien „lückenhaft, widersprüchlich und undurchführbar“. Die Praktiker gehen sehr ins Detail bei der Frage, was es heißen würde, auf Privatgrundstücken öffentliche Anlagen zu betreiben. Wie müssten Zutritts- und Wegerechte ausgestaltet werden? Mit Grundbucheinträgen? Wer hätte die Sicherungspflicht? Müssten jeweils Zäune errichtet werden? Wären separate Stromanschlüsse für den Betrieb der Anlagen nötig? Wie ist der Versicherungsschutz zu regeln? Fragen über Fragen, und obendrein in einer schier unüberschaubaren Anzahl von Einzelfällen. Die Kosten allein dafür würden davonlaufen.

Wer würde sie tragen? Natürlich die Gemeinschaft der Anschlussnutzer innerhalb eines Zweckverbandes. Die Ostthüringer Fachleute haben kalkuliert, dass die Kosten deutlich über 10 000 Euro pro Einwohner liegen würden, bei komplizierter Siedlungsstruktur eines Verbandes in Einzelfällen auch 20 000 Euro. Dies trieb automatisch die Verbrauchsgebühren Wasser/Abwasser spürbar in die Höhe.

„Das ist meine Hauptkritik“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Wolfgang Fiedler. Er weiß, wie schwierig es ist, bei diesem Thema akzeptable Lösungen zu finden. Aber Gerechtigkeitslücken, sagt er, schließe man nicht, indem neue aufgerissen werden. Ministerin Siegesmund sagt, das Schreiben aus Ostthüringen spiegele nicht mehr den aktuellen Stand der Debatte wider. Ihr Haus sei mit den Aufgabenträgern im Gespräch. Sie erwarte dabei aber auch gute Vorschläge, die den Status quo der Abwasserklärung auf dem Land verbessern helfen. Dann sei auch der Gesetzentwurf zu optimieren. Ziel müsse eine Kostensenkung für die Bürger in den Dörfern sein.

Volkhard Paczulla / 22.11.17

Z0R013824,9823

Anzeige